

Juli 2023

Die Wärmewende muss sozial gerecht sein – Energiearmut verhindern! Ergebnisse vom »Runden Tisch Energiearmut«

Wohnen wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Ein Grund dafür sind neben den stetig steigenden Mieten die wachsenden Energiekosten für fossile Brennstoffe. Schon vor dem Beginn des Krieges in der Ukraine sind die Stromkosten in Deutschland deutlich gestiegen. Spätestens aber seit der durch den Angriffskrieg Russlands ausgelösten Energiekrise und der folgenden Inflation wissen viele Menschen nicht mehr, wie sie ihre Stromrechnungen oder die Nebenkostenabrechnung begleichen sollen.

Aus diesem Grund hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag zusammen mit der Delegation DIE LINKE im Europaparlament im Sommer 2022 einen »Runden Tisch Energiearmut« ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Energie- und Wohnwirtschaft, den Sozialverbänden und Verbraucherschutzeinrichtungen haben wir diskutiert, welche Maßnahmen nötig sind, um eine bezahlbare Energieversorgung für alle Haushalte zu ermöglichen. Während die sächsische Staatsregierung bis heute keine landeseigenen Maßnahmen zur Abfederung der Energiekrise vorgelegt hat, haben wir als LINKE aus den Diskussionen der drei thematischen Sitzungen zehn Forderungen abgeleitet, mit denen wir Energiearmut in Sachsen verhindern wollen:

1. **Strom- und Gassperren müssen** ausgesetzt und perspektivisch als Mittel ganz **abgeschafft werden** – niemand darf aufgrund von Schulden bei den Energieversorgern seine Wohnung verlieren.
2. Die **Regelsätze**, zu denen die Stromkosten für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen übernommen werden, sind zu niedrig. Es braucht eine **Neubemessung entsprechend der tatsächlichen Kosten** und die Übernahme möglicher Mehrkosten für ökologische Stromtarife.
3. Die **Modernisierungsumlage gehört abgeschafft** und eine Mieterschutzklausel eingeführt. Die Kosten von energetischen Sanierungen dürfen nur so weit auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden, wie diese sie bei den Energiekosten sparen (warmmietenneutrale Sanierung). Der Austausch alter Heizungen ist eine Maßnahme der Instandhaltung und darf nicht auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden!

4. Bislang gilt: Je ärmer die betroffenen Menschen sind, desto schlechter ist die Energieeffizienz des Gebäudes, in dem sie leben. Das bedeutet, dass gerade diejenigen am meisten heizen müssen, die am wenigsten Geld dafür haben. Dieses ungerechte System müssen wir umkehren und insbesondere **dort energetische Sanierungsmaßnahmen beschleunigen, wo besonders viele Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen leben** – natürlich nur mit Mieterschutzklausel.
5. Gezielte Förderungen für Eigenheimbesitzerinnen und kleine, gemeinwohlorientierte Vermieter statt für Immobilienkonzerne: Anstatt pauschaler Förderbeträge für Heizungstausch und energetische Sanierungen fordern wir **progressiv wirkende Förderprogramme**, die sozial gerecht wirken. Einkommensschwache Haushalte müssen vom Klimaschutz und entsprechenden Förderprogrammen besonders profitieren und ihnen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen.
6. Keine Haus-Für-Haus-Lösungen mehr: Wir brauchen eine **kommunale Wärmeplanung auf Quartiers- und Siedlungsebene** sowie Sanierungsbeauftragte, die insbesondere die kleinen Kommunen, aber auch die Anwohnerinnen und Anwohner beraten. Dafür braucht es nicht nur gesetzliche Vorgaben, sondern vor allem auch finanzielle Hilfen für die Kommunen, zügig flächendeckend Wärmeplanungen zu erlassen. Der Zusammenschluss von kleineren Kommunen zur gemeinsamen Erarbeitung von Wärmeplänen, beispielsweise in Form von Zweckverbänden, muss unterstützt werden.
7. **Wohnungskonzerne dürfen nur Fördermittel** für Sanierungen und den Austausch alter Heizungsanlagen **erhalten, wenn sie** sich im Gegenzug dazu verpflichten, ihren Wohnraum sozial, also nicht-profitorientiert, zu bewirtschaften, eine **Mietobergrenze einzuführen und Gewinne** aus Mieteinnahmen **in den Bestandserhalt zu investieren**.
8. Politische Maßnahmen müssen langfristig angelegt und verlässlich sein, um **Vertrauen** herzustellen und **Planbarkeit** für private Haushalte ebenso wie für die Energiewirtschaft und Wohnungsunternehmen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die **Vereinheitlichung und Verlässlichkeit bei Förderverfahren**. Debatten und Schnellverfahren wie beim Heizungstausch verunsichern und verhindern somit eine schnelle Energiewende.
9. Die Strompreise müssen insgesamt sinken. Das geht nur durch einen **deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien** und einem anderen Strommarktdesign. **Netzentgelte** müssen **bundesweit vereinheitlicht** und das so genannte **»Merit-Order-System«**, nach dem der teuerste Energieträger (in der Regel fossile Gaskraftwerke) den Preis für alle anderen Energieträger bestimmt, gehört **abgeschafft**. Stattdessen müssen die günstigen Preise für Wind- und Sonnenenergie endlich auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen.
10. Menschen, die zur Miete wohnen, haben in der Regel keinen Einfluss darauf, welches Heizungssystem in ihrem Wohnhaus eingebaut wird. Sie müssen aber allein für die Heizkosten aufkommen. Insbesondere **Mieterinnen und Mieter müssen vor dem Einbau ineffizienter Heizungssysteme auf Wasserstoffbasis bewahrt werden**, nicht zuletzt weil dies eine Kostenfalle für Verbraucherinnen und Verbraucher darstellt.